

3. III. 1918

4

der Enteisung der Donau die Zufuhren sich steigern und die Verhältnisse sich bessern werden. Der Ministerpräsident erklärte, nicht der Staat allein könne diese Fragen lösen, sondern nur der Staat und die Bevölkerung. Er verwies auf sein Programm, in welchem der Wille kundgegeben ist, den Weg zum Parlament zu finden. Er fügte hinzu, ich möchte dies heute wiederholen, in der aufrichtigen Hoffnung, daß dies bald möglich sei.

Graf Clam-Martinić hat ein Wort gesprochen, das sicherlich in den Kern der jetzigen sozialen Probleme eingreift. Er sagte, es solle ein Ausgleich gefunden werden zwischen Ueberfluß und Elend. Was sehen wir in diesem Kriege? Das Hinterland steht mit ernstester Fähigkeit des Duldens auf seinem Posten. Wir sehen, wie Lebensgewohnheiten umgestürzt werden und manches entbehrt wird, was notwendig zu sein schien. Aber nebenher sehen wir nicht unbedenkliche Auswüchse, sehen den Kriegsgewinn mit der vielfach auftretenden Rücksichtslosigkeit, mit manchen Formen der Lebensführung, die sich dem Ernste und der Bedeutung dieser Zeit nicht anpassen. Zwischen diesen beiden Gegensätzen muß vermittelt werden, weil sonst ein Gefühl der Zurücksetzung entstünde und weil die Verantwortung für eine Verschärfung nicht leicht getragen werden könnte.

Der Ministerpräsident hat als Programmpunkt bezeichnet, daß dem Volke billige Nahrungsmittel zur Verfügung stehen sollen. Für viele wird diese Ankündigung Trost und Hoffnung bedeuten. Denn weniger der Mangel, als die hohen Preise sind drückend, und der Aushungerungskrieg erleidet insofern eine völlige Niederlage, als die Nahrungsmittel selbst bei Sparsamkeit nur selten fehlen. Aber durch die Preise bleiben sie manchem unzugänglich und deswegen ist es Pflicht der Regierung, zu helfen und sozusagen von Amte wegen und ohne die Höchstpreispolitik, die Verwirrung brachte, den Armen Nahrung zu verschaffen. Denn alle bisherigen Lösungen haben nicht befriedigt. Der Höchstpreis bewirkt das Verschwinden, und die Versuche der Gemeinden konnten nicht mit den Mitteln unternommen werden, welche der Staat zu opfern vermag. Die Regierung hat ein weitgehendes Programm der Fürsorge entwickelt. Die Frage der Jugendfürsorge ist auf der Tagesordnung, woran die Kaiserin mit besonderer Anfeuerung teilnimmt. Ein Jugendamt soll gegründet werden. Die Invalidenfürsorge, das Wohnungsproblem, die Sozialversicherung, der Kampf gegen die Verwahrlosung sind im Bereiche dieser Aktionen.

Aber für den Augenblick ist am bedeutsamsten das Eingreifen in der Nahrungsfrage. Der Gedanke ist einleuchtend, daß man nicht nur die Menge der Nahrungsmittel bestimmen, sondern auch dafür sorgen solle, daß diese Mengen in die Hände derer gelangen, denen sie gebühren. Die Rationierung ist gleichsam das Negative. Positiv ist, daß der Staat die Folge aus der Unmöglichkeit einer Erzwingung billiger Preise ziehe und daß er gleichsam zum Einkäufer wird, der den Schaden der Teuerung wieder gutzumachen sucht. Das Nähere der Durchführung ist noch unbekannt. Aber vielleicht kommt wieder, wie so oft in Oesterreich, aus hundert Unmöglichkeiten plötzlich die Möglichkeit. Vielleicht kann wirklich in dieser Kriegsnot der Staat noch etwas anderes, als durch Streckung und Beschränkung das Vergeuden der Nahrungsmittel zu verhüten. Es wäre sehr erfreulich, wenn Oesterreich in dieser Frage voranginge, und schon das Unternehmen als solches ist volkstümlich wie nichts anderes. Vielleicht wird die Erwartung nicht trügen, daß aus Menschenliebe und Mitleid ein Plan erwachsen werde, der die Nahrungsorgen lindert und das Volk in seinem Ausharren unterstützt. Die Bevölkerung verdient die Hilfe und die Initiative, aus der diese Aktion entsprungen ist, wird beispielgebend und befeuernd wirken.

Eine große Fürsorgeaktion für die Bevölkerung.

Auf Anregung des Kaisers und der Kaiserin.

Wien, 2. März.

Der Kaiser und die Kaiserin haben den Wunsch, daß der Bevölkerung in dem Lebenskampfe dieses Krieges Hilfe werde. Der Kaiser will nicht, daß die Regierung die Hände in den Schoß lege und nichts tue, um den Bedürftigen beizuspringen. Es kann nichts Volkstümlicheres geben als diesen Plan; als die Absicht, daß der Staat nicht nur im Sinne der Beschränkung, sondern auch im Sinne der Werk-tätigkeit sich zeige, und daß er dem Volke den Beweis gebe, daß seine Sorgen verstanden werden, daß alles, was es bewegt, sich in gültigen Herzen spiegelt. Die Regierung ist bereit, einen großen Betrag, vielleicht mehrere hundert Millionen, diesem Zwecke zu widmen. Sie will, wie Graf Clam-Martinić in seiner Rede sagte, sowohl dem Mangel an Lebensmitteln steuern, als auch verhindern, daß durch die Teuerung vielen die vorhandenen Nahrungsmittel entzogen werden. Wie soll dies geschehen? Darüber sind Einzelheiten noch nicht bekannt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß es sich in erster Linie darum handelt, den ärmeren Schichten billiges Fleisch zur Verfügung zu stellen. Es ist ferner aus der Rede des Ministerpräsidenten zu entnehmen, daß nach